



**TIBET INITIATIVE
DEUTSCHLAND**



**Freiheit für
Hongkong e.V.**



**WORLD
UYGHUR
CONGRESS**
uyghurcongress.org

Bundeskanzler Friedrich Merz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Berlin, 30. September 2026

Gemeinsame Stellungnahme der Tibet Initiative Deutschland e. V., des Weltkongresses der Uiguren und des Vereins Freiheit für Hongkong e. V.

Am 1. Oktober feiert die Volksrepublik China den 77. Jahrestag ihrer Gründung. Für die chinesische Regierung ist dieser Tag Anlass, nationale Einheit, Stärke und Fortschritt zu demonstrieren. Für Tibeter*innen, Uigur*innen und Hongkonger*innen steht er dagegen für eine andere Realität: für politische Repression und staatliche Kontrolle, für den zunehmenden Druck auf Sprache, Kultur, Religion und gesellschaftliche Freiräume und für eine Politik, die immer tiefer in das Leben der Menschen eingreift.

Unsere Gemeinschaften haben unterschiedliche Geschichten und sind mit unterschiedlichen politischen und rechtlichen Bedingungen konfrontiert. Wir setzen diese Erfahrungen nicht gleich. Doch wir erkennen gemeinsame politische Mechanismen, mit denen die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) ihren Anspruch auf gesellschaftliche und politische Kontrolle durchsetzt. Unter Xi Jinping werden eigenständige Identitäten, politische Überzeugungen und historische Narrative zunehmend einem staatlich definierten Verständnis nationaler Einheit untergeordnet. Gesellschaftliche Freiräume werden eingeschränkt, abweichende Stimmen unterdrückt und staatliche Vorgaben immer tiefer in Bildung, Kultur, Religion und das private Leben getragen.

Eine neue Dimension hat diese Entwicklung mit dem **Gesetz zur Förderung der ethnischen Einheit und des Fortschritts**¹ erreicht, das vor drei Monaten, am 1. Juli 2026, in Kraft getreten ist. Das Gesetz erhebt die Festigung einer gemeinsamen chinesischen nationalen Identität zu einem umfassenden staatlichen und gesellschaftlichen Auftrag. Seine Umsetzung beschränkt sich nicht auf staatliche Behörden, sondern erstreckt sich auf zahlreiche Bereiche des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens, darunter Bildung, Kultur und gesellschaftliche Institutionen.

Das Gesetz trifft auf eine Realität, in der eigenständige Sprachen, kulturelle Traditionen, religiöses Leben und historische Erinnerung bereits seit Jahren durch staatliche Kampagnen systematisch zurückgedrängt und sinisiert werden. Hinter dem Leitbild einer „gemeinsamen chinesischen nationalen Identität“ steht dabei aus unserer Sicht keine gleichberechtigte Vielfalt, sondern eine zunehmende Ausrichtung an Han-chinesischer Sprache, Kultur und Geschichtsdeutung.

Gerade deshalb kann das neue Gesetz nicht isoliert betrachtet werden. Es fügt sich in eine seit Jahren verschärfte Assimilationspolitik ein und schafft zusätzliche rechtliche Grundlagen, um ein staatlich vorgegebenes Verständnis nationaler Identität in immer weiteren Bereichen der Gesellschaft durchzusetzen. Damit geht es um mehr als einzelne Menschenrechtsverletzungen. Wenn der Staat bestimmt, welche Sprache² im Bildungssystem Vorrang hat, welche Formen religiösen und kulturellen Lebens zulässig sind und welches Verständnis von Geschichte und nationaler Zugehörigkeit vermittelt werden soll, geht es langfristig auch um die Frage, welche Identitäten und historischen Erinnerungen an kommende Generationen weitergegeben werden können.

Die chinesische Regierung stellt diese Politik regelmäßig als innere Angelegenheit dar. Dieses Argument darf jedoch nicht dazu führen, dass Deutschland schweigt. Menschenrechte sind keine

¹ <https://www.chinalawtranslate.com/en/ethnic-unity-and-progress-law/>

² <https://www.hrw.org/news/2026/05/04/china-harmonization-plan-erasing-tibetan-language>



TIBET INITIATIVE
DEUTSCHLAND



Freiheit für
Hongkong e.V.



WORLD
UYGHUR
CONGRESS
uyghurcongress.org

innere Angelegenheit eines Staates. Zudem endet der Anspruch chinesischer Behörden, politische Aktivitäten zu kontrollieren und zu sanktionieren, nicht an den Grenzen der Volksrepublik China.

Besonders deutlich wird dies in **Artikel 63³ des neuen Gesetzes**, der ausdrücklich Organisationen und Einzelpersonen außerhalb Chinas erfasst und für bestimmte, gegen die Volksrepublik gerichtete Handlungen, die nach chinesischer Definition die ethnische Einheit und den Fortschritt beeinträchtigen, eine rechtliche Verantwortlichkeit vorsieht. Für Menschen, die in Deutschland leben und sich für Menschenrechte, politische Freiheiten oder den Erhalt ihrer kulturellen Identität einsetzen, schafft eine solche extraterritoriale Bestimmung eine zusätzliche Drohkulisse.⁴ Menschen, die vor staatlicher Repression geflohen sind, erleben weiterhin Einschüchterung und Druck oder sorgen sich um mögliche Konsequenzen ihres politischen Engagements für Familienangehörige. Ein Gesetz, das politische Handlungen außerhalb Chinas ausdrücklich in seinen Anwendungsbereich einbezieht, muss deshalb auch die Bundesregierung alarmieren.

Chinesische Repressionspolitik ist damit nicht ausschließlich eine Frage deutscher Außenpolitik. Sie berührt die Grundrechte und die Sicherheit von Menschen, die in Deutschland leben⁵.

Gerade deshalb darf der 1. Oktober in Deutschland nicht ausschließlich als Nationalfeiertag eines wichtigen internationalen Partners, Wettbewerbers und systemischen Rivalen betrachtet werden. Er muss auch Anlass sein, darüber zu sprechen, welchen Preis die von Peking propagierte „Einheit“ für diejenigen hat, deren Identität, Geschichte oder politische Überzeugungen darin keinen selbstbestimmten Platz finden.

In ihrer China-Strategie⁶ hat die Bundesregierung angekündigt, sich gegenüber China konsequent für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen. Dabei nennt sie ausdrücklich die schweren Menschenrechtsverletzungen an Uigur*innen in Xinjiang, die Lage in Tibet und Hongkong sowie die Rechte ethnischer und religiöser Gemeinschaften. Sie bekennt sich außerdem dazu, Meinungs- und Pressefreiheit, zivilgesellschaftliche Freiräume und die Rechte gesellschaftlicher Minderheiten zu verteidigen. Diesen politischen Anspruch gilt es angesichts der aktuellen Entwicklungen mit konkretem Handeln zu füllen.

Eine deutsche China-Politik, die Menschenrechte als wesentlichen Bestandteil der bilateralen Beziehungen definiert, darf nicht schweigen, wenn die chinesische Regierung ihren Assimilationskurs gesetzlich weiter verankert. Und eine Bundesregierung, die sich dem Schutz vor transnationaler Repression⁷ verpflichtet, muss reagieren, wenn chinesische Gesetze ausdrücklich Handlungen von Menschen und Organisationen außerhalb des eigenen Staatsgebiets erfassen.

Seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes haben sich bereits Entwicklungen ereignet, die verdeutlichen, warum Deutschland die dahinterstehende politische Entwicklung ernst nehmen und darauf reagieren muss.

Aktuelle Beispiele aus Tibet:

- Am 1. Juli 2026 wurde der chinesische Menschenrechtsaktivist Zhang Yi⁸ im Sera-Kloster in Lhasa festgenommen, nachdem er einer tibetischen Frau auf seinem Handy ein Foto des Dalai Lama gezeigt hatte. Am 28. Juli wurde seine bereits bestehende Haft wegen des Verdachts auf „Anstiftung zum Separatismus“ formell bestätigt. Zhang Yi befindet sich weiterhin in der

³ <https://chinaobservers.eu/beijings-ethnic-unity-law-reaches-into-europe/>

⁴ https://stop-transnational-repression.de/wp-content/uploads/2026/02/PP_No-Sense-of-Safety-under-Heaven_DE-1.pdf

⁵ https://stop-transnational-repression.de/wp-content/uploads/2025/04/20250616_Policy_Paper_Tackling_TNR_in_Germany_DEUTSCH.pdf

⁶ <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/asien/china-strategie-2607934>

⁷ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/koalitionsvertrag-2025-2340970>

⁸ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/08/china-activist-arrested-over-photo-of-dalai-lama-in-tibet-must-be-released/>



Haftanstalt in Lhasa; weder Familienangehörige noch Anwält*innen erhielten bislang Zugang zu ihm.

- Am 15. Juli 2026 wurde bekannt, dass die chinesischen Behörden in den tibetischen Regionen der Provinzen Qinghai, Sichuan und Gansu überarbeitete tibetischsprachige Schulbücher eingeführt haben. Daraus wurden unter anderem Werke tibetischer Schriftsteller gestrichen⁹. Am 12. August kündigten die Behörden zudem an, Kurse zu „ethnischer Einheit und Fortschritt“ vom Kindergarten bis zur Hochschule auszuweiten. Derzeit befinden sich schätzungsweise eine Million tibetische Kinder ab einem Alter von vier Jahren in Zwangsinternaten.¹⁰
- Anfang August 2026 wurde bekannt, dass der Verwaltungschef des Kreises Drakkar in der tibetischen Präfektur Tsolho, Druk Bum Gyal¹¹, seines Amtes enthoben und auf einen niedrigeren Posten versetzt wurde. Zuvor hatte er sich geweigert, neue Vorgaben zur Einschränkung religiöser Praktiken unmittelbar umzusetzen. Die Anordnungen betreffen unter anderem die buddhistische Fastenpraxis Nyungne, die Entfernung von Gebetsfahnen sowie das verpflichtende Anbringen der chinesischen Nationalflagge an Haushalten.

Aktuelle Beispiele aus Ostturkestan:

- Seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes mehren sich Hinweise auf die Zurückdrängung des Uigurischen im Bildungsbereich. In einer Grundschule¹² in Urumqi wird die Sprache erst ab der dritten Klasse und nur eine Stunde pro Woche unterrichtet. Das gezeigte Lehrmaterial verwendet zwar uigurische Schrift, ersetzt jedoch uigurische Alltagswörter durch chinesische Begriffe in uigurischer Transkription, etwa „sawméy“ statt „böljürgen“ für Erdbeere. In einem weiteren Video¹³ erklärt eine Han-Chinesin, Uigurisch werde in Schulen faktisch nicht mehr unterrichtet; Mandarin sei bereits die einzige Schulsprache. Auch im digitalen Alltag zeigt sich Sprachkontrolle¹⁴: In der uigurischen Wörterbuch-App iTerjiman löst die Eingabe des Begriffs „nikah“ (islamische Eheschließung) eine rote Warnmeldung wegen eines „sensiblen Wortes“ sowie einen Alarmton aus; die Übersetzung wird verweigert.
- Auch im Straßenbild¹⁵ zeigt sich der Wandel Auf Verkehrs- und Autobahnschildern in Ostturkestan werden uigurische Beschriftungen gezielt abgedeckt, während die chinesischen Angaben sichtbar bleiben. Ein weiteres Video¹⁶ aus der Polizeistation Shidagu in Shikhu/Usu (chinesisch Wusu) zeigt, wie uigurische Besucher*innen aufgefordert werden, Chinesisch beziehungsweise die „nationale Sprache“ zu sprechen.
- In Urumqi wurden Anfang Juli 2026 Bahargul Tohti sowie ihre Töchter Guljennet Kamil und Gulzeper Hekim festgenommen; eine weitere Tochter, Gulumire Kamil, wurde eine Woche später ebenfalls festgenommen. Laut Radio Free Asia¹⁷ war der Anlass, dass die Familie gewöhnliche Waren wie Kleidung, Schuhe, Gewürze und verpackte Lebensmittel an eine Tochter beziehungsweise Schwester in der Türkei geschickt hatte; die Polizei deutete dies demnach als Verdacht der „Unterstützung von Terroristen“.
- In Ostturkestan wird das neue Gesetz durch organisierte Kampagnen im Alltag verankert. Chinesische Quellen^{18,19} nennen politische Abendkurse für die ländliche Bevölkerung, mobile

⁹ <https://phayul.com/china-removes-tibetan-literary-and-cultural-work-from-textbooks-under-new-ethnic-unity-law/>

¹⁰ <https://tibetaction.net/when-they-came-to-take-our-children/>

¹¹ <https://en.tibettimes.net/2026/08/02/county-governor-druk-bum-gyal-dismissed-after-refusing-to-enforce-religious-restrictions/>

¹² <https://x.com/AbduwelA/status/2094385964793598410>

¹³ <https://x.com/AbduwelA/status/2071016036934000877>

¹⁴ <https://x.com/ZumretUyghur/status/2097796431423623378>

¹⁵ <https://x.com/AbduwelA/status/2097325346454372723>

¹⁶ https://x.com/Dolkun_Isa/status/2090812079456272880

¹⁷ <https://www.rfa.org/english/uyghur/2026/07/17/urumqi-xinjiang-china-police-turkey-arrest-mother-sisters/>

¹⁸ <https://xj.people.com.cn/n2/2026/0724/c186332-41648818.html>

¹⁹ <https://www.neac.gov.cn/seac/c103755/202607/1193197.shtml>



„Propagandateams zu Pferd“ (马背宣讲队) und Kulturprogramme, die politische Botschaften vermitteln. Sie tragen das Gesetz in Dörfer, Schulen, Unternehmen und religiöse Stätten. Auch Hochschulteams²⁰²¹²²²³ beteiligen sich und verbinden Mandarin-Unterricht mit Rechtspropaganda, „roter“ Erziehung und der Stärkung einer „chinesischen nationalen Identität“. Ergänzend organisieren Behörden²⁴ Propagandatouren durch sieben Kreise und eine Stadt. Die Kampagnen verdeutlichen, wie Sprachförderung und politische Indoktrination ineinandergreifen, um Mandarin als dominante Sprache in Bildung, Alltag und öffentlichem Raum durchzusetzen.

Aktuelle Beispiele aus Hongkong:

- Joshua Wong, der seit 2020 wegen seines Aktivismus für Demokratie inhaftiert ist, wurde von der Regierung Hongkongs mehrfach zu einer Verlängerung seiner Haftstrafe verurteilt²⁵. Da seine Haftstrafe Anfang nächsten Jahres auslaufen soll, versucht die Regierung erneut, ihn auf unbestimmte Zeit hinter Gittern zu halten – diesmal durch einen Vorwurf, dass er an ausländischen Sanktionen gegen Hongkong und China mitgewirkt haben sollte. Wong erschien am 2. September vor Gericht²⁶ und im Falle einer Verurteilung droht ihm eine lebenslange Haftstrafe.
- Am 11. September wurden Chow Hang-tung, Albert Ho und Lee Cheuk-yan wegen ihrer Organisation der Gedenkveranstaltung zum Tian'anmen-Massaker zu fünf bis sieben Jahren Gefängnis verurteilt.²⁷
- Die Regierung Hongkongs hat am 16. September ihren ersten Fünfjahresplan für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung²⁸ veröffentlicht. Zur Jugendförderung wird besonders betont, dass die nächste Generation durch „intensive Jugendaustauschprogramme mit dem Festland“ im „Geist der Liebe zu unserem Land“ erzogen werden soll. In der Praxis ist damit zu rechnen, dass in den Schulen die kantonessische Sprache weiter ausgelöscht und eine Indoktrination mit patriotischen Werten betrieben wird.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Merz,

sehr geehrter Herr Bundesminister Wadehul,

sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages,

wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie diese Entwicklung nicht schweigend hinnimmt und den eigenen Anspruch deutscher China-Politik in konkretes Handeln übersetzt.

Wenn chinesische Gesetze den politischen und gesellschaftlichen Handlungsspielraum tibetischer, uigurischer und anderer Gemeinschaften weiter einschränken und zugleich Bestimmungen enthalten, die Handlungen von Menschen und Organisationen außerhalb Chinas erfassen, betrifft dies unmittelbar auch Deutschland. Wer hier lebt, muss seine Grundrechte wahrnehmen und sich politisch engagieren können, ohne fürchten zu müssen, dass dieses Engagement Konsequenzen für die eigene Sicherheit oder für Angehörige hat.

²⁰ <https://www.usst.edu.cn/2026/0910/c965a70071/page.htm>

²¹ <https://szzx.lut.edu.cn/info/1011/3854.htm>

²² <https://news.dhu.edu.cn/t2842/2026/0728/c9187a426989/page.psp>

²³ <https://www.sdjzu.edu.cn/szhjgc/info/1015/7743.htm>

²⁴ <https://www.neac.gov.cn/seac/xwzx/202608/1193944.shtml>

²⁵ https://en.wikipedia.org/wiki/Joshua_Wong#Imprisonment_beginning_in_2020

²⁶ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2026-09/joshua-wong-hongkong-sicherheitsgesetz-schuldbekenntnis-nathan-law-gxe>

²⁷ <https://www.dw.com/en/hong-kong-tiananmen-activists-jailed-for-up-to-7-years/a-79224243>

²⁸ https://www.hk5yplan.gov.hk/2026-2030/public/pdf/plan/FullText_en.pdf



**TIBET INITIATIVE
DEUTSCHLAND**



**Freiheit für
Hongkong e.V.**



**WORLD
UYGHUR
CONGRESS**
uyghurcongress.org

Die Bundesregierung muss deshalb gegenüber der chinesischen Regierung klar benennen, wo staatliche Politik grundlegende Menschenrechte verletzt und wo chinesische Gesetzgebung den Druck auf Menschen außerhalb der eigenen Staatsgrenzen erhöht. Wirtschaftliche und diplomatische Interessen dürfen nicht dazu führen, dass diese Entwicklungen lediglich in vertraulichen Gesprächen angesprochen oder auf einzelne Menschenrechtsfälle reduziert werden.

Am 1. Oktober wird die chinesische Regierung erneut nationale Einheit und Stärke ins Zentrum ihrer politischen Inszenierung stellen. Wir stellen diesem Bild die Perspektive jener Menschen gegenüber, deren Stimmen darin keinen Platz finden.

Für Rückfragen und ein persönliches Gespräch stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und erwarten, dass die Bundesregierung die geschilderten Entwicklungen ernst nimmt und entsprechend handelt.

Hochachtungsvoll

Tenzyn Zöchbauer, Geschäftsführerin der Tibet Initiative Deutschland e.V.

Haiyuer Kuerban, Direktor des Berliner-Büros des Weltkongress der Uiguren

Amy Siu, Stellvertretende Vorsitzende des Vereins Freiheit für Hongkong e.V.